

#### CDU

- Bis 2025 sollen mehr als 1.5 Millionen neue Wohnungen entstehen.
- Förderung des Sozialen Wohnungsbaus: Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen
- Wohnen und Arbeiten auf dem Land mit Investitionszulagen fördern
- Den Ländern soll ermöglicht werden, einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums zu gewähren.
- Aus besonders strukturschwachen Gebieten sollen Modellregionen werden: mehr Investitionen, weniger Bürokratie, ländliche Regionen als Innovationsräume

#### SPD

- Entfristung der Mietpreisbremse in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, Einführung eines Gewerbemietpreispiegels, Kündigungsschutz und Mietpreisbegrenzungen
- Bau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich
- Gegen den Leerstand in Ortskernen soll das Programm „Jung-Kauft-Alt“ aufgelegt werden.

#### Die Linke

- Große Wohnungskonzerne sollen enteignet werden.
- 50 Prozent des Wohnungsbestands soll in öffentliche und gemeinnützige Hand übertragen werden.
- Einführung eines bundesweiten Mietendeckels nach Berliner Vorbild
- 15 Milliarden Euro jährlich für den sozialen Wohnungsbau
- Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen
- **Modernisierungsumlage wird abgeschafft**
- Privatisierung öffentlicher Grundstücke verhindern: Anteil öffentlichen Eigentums an Boden soll erhöht werden durch ein Ankaufprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich
- Besetzung von seit einem Jahr leerstehendem Wohnraum führt zu dauerhaften Wohnrecht

#### FDP

- für mehr Wohnungsbau, gegen Enteignungen, die Mietpreisbremse oder Mietendeckel
- Kauf von Wohneigentum fördern durch einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen
- Bauen soll günstiger werden, Einführung eines Baukosten-TÜV
- Ein Bündnis von Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis soll Lösungen für das Thema „Wohnen im Alter“ erarbeiten und dabei den Fokus auf durchmischte Generationsmodelle legen.
- Anrecht auf eine Sozialwohnung sollen nur diejenigen haben, die auch auf dem freien Wohnungsmarkt mit Wohngeldanspruch erfolglos bleiben. Auch die soziale Wohnraumversorgung soll sich entlang potenzieller Mieterinnen und Mieter und nicht am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren.

#### Bündnis 90/Die Grünen

- Das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz.
- Nationales Aktionsprogramm gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit
- Sozialer Wohnungsbau: Innerhalb der nächsten zehn Jahre soll eine Million zusätzliche Sozialwohnungen gebaut werden. Ein Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ soll eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen schaffen.
- Mietobergrenze für Bestandsobjekte, Mietpreisbremse entfristen und verschärfen

- Umwandlung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfond, der neue Flächen kauft und diese an gemeinwohlorientierte Träger überschreibt.
- **Die Modernisierungumlage soll auf maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter gesenkt werden,** Umwandlungsverbot und Milieuschutz
- Nachhaltiges Bauen fördern

#### **Tierschutzpartei**

- Solidarische Wohnprojekte fördern und öffentlichen Wohnungsbau ausbauen

#### **Die PARTEI**

- Wohnraum vergesellschaften und Eigentümer entschädigen: Vonovia und Deutsche Wohnen erhalten je 1 Packung Merci, 1 ausgestreckten Mittelfinger und 1 kurzen, ehrlichen Applaus ihrer vormaligen Mieter (20 Uhr, Balkon). Wohnungen sollen zum Wohnen da, nicht für Dividenden.

#### **Freie Wähler**

- Wohnraum an Einheimische vergünstigt abgeben
- gegen die Einführung eines Mietendeckels
- Fördermittel für sozialen Wohnungsbau aufstocken
- Zweckgebundene Bürgeranleihen nach Münchner Vorbild schaffen

#### **ÖDP**

- Forderung einer Bundesregelung, damit Kommunen bis zu einem gewissen Prozentsatz der Wohnflächen bei Geschossbauten Preisgebundenheit vorschreiben können

#### **MLPD**

- zur Entlastung kommunaler Haushalte soll eine Finanzierung der kommunalen Daseinsfürsorge auf Kosten der Konzerne erfolgen
- für bezahlbaren Wohnraum

#### **die Basis**

- für mehr alternative Wohnkonzepte

#### **Die Humanisten**

- für alle sozialen Schichten ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen
- Neubau und Sanierungen für privaten Gebrauch steuerlich entlasten
- Leben auf dem Land durch Investitionen in Infrastruktur, Versorgung und Kultur attraktiver machen
- Städteplanung auch auf Basis von sozialen und ökologischen Kriterien
- gegen eine Mietpreisbremse oder Mietendeckel, besser auf marktwirtschaftliche Elemente zur Regulierung setzen (Zweckentfremdungsverboten und Milieuschutz-Regeln, Leerstand dem Wohnungsmarkt zurückgeben)
- gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnraum unterstützen
- „Housing First“ als Methode gegen Obdachlosigkeit

#### **Piratenpartei**

- Staatliche Wohnungsbaugesellschaften sollen Lücken füllen, wo die private Wohnungsbauwirtschaft keinen ausreichend geförderten Wohnraum schaffen kann
- Verankerung eines Grundrechts auf Wohnen im Grundgesetz
- mehr sozialer Wohnungsbau

#### **Team Todenhöfer**

- bezahlbarer Wohnraum als Grundrecht

- Eine Million klimafreundliche Wohnungen oder Häuser pro Jahr bauen.
- Streichung der Grunderwerbssteuer und Senkung der Grundsteuer
- Wohnungen oder Häuser sollen mit 10 Prozent Eigenkapital erwerbbar sein

#### **Volt**

- Sozialer und ökologisch nachhaltiger Neubau soll gefördert und beschleunigt werden, Stärkung des nicht-profitorientierten Wohnungssektors
- Bundesweite Reform des Gewerbemietrechts
- Kommunen unterstützen, aktive Bodenpolitik zu betreiben: bevorzugte Vergabe von Grundstücken nach Erbbaurecht, Errichtung eines kommunalen Bodenfonds, Grundsteuerreform nach modifiziertem Flächenmodell, Halbierung der Grunderwerbssteuer bei Eigennutzung
- Erwerb von Wohneigentum fördern, Ansparen des Eigenkapitals vereinfachen

#### **AfD**

- Wohnungsbaugenossenschaften bei Vergabe von Wohnbauland bevorzugen
- Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau, Aufstockung mit kommunalem Wohngeld
- Grunderwerbssteuer ersatzlos streichen für Einheimische (ohne deutsche Staatsbürgerschaft mit Hauptwohnsitz im Ausland: Erhöhung auf 20 Prozent),
- Aufhebung der Energieeinsparverordnung sowie Begrenzung von Regelungen für Brand, Wärme und Schallschutz auf ein Mindestmaß
- Staatliche Wohnungsunternehmen sollen Mietern Wohnung zum Kauf anbieten, staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für bis zu 10 Prozent des Objektwertes
- Gegen eine Mietpreisbremse oder Mietendeckel

**Keine Angaben machen NPD, DKP und Unabhängige**